

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
(21. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/9427 –

**Europäisches Parlament stärken – Sitzfrage durch
Europaparlamentarier entscheiden lassen**

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/8051 –

**Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments gänzlich in Brüssel und Tagungen
des Europäischen Rates in Straßburg abhalten**

A. Problem

Arbeitsorte des Europäischen Parlaments sind neben Straßburg, das zugleich offizieller Sitz ist, auch Brüssel und Luxemburg. Die dadurch notwendigen Reisen der Parlamentarier und Parlamentarierinnen und die Unterhaltung der Parlamentsgebäude in Straßburg führen zu erheblichen Kosten und Umweltbelastungen. Nach der derzeitigen Rechtslage, die auch nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon fortbestehen wird, trifft der Europäische Rat die Entscheidung über den Sitz des Europäischen Parlaments.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9427 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8051 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/9427 abzulehnen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/8051 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Thomas Dörflinger
Berichterstatter

Michael Roth (Heringen)
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

Dr. Diether Dehm
Berichterstatter

Rainer Steenblock
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Thomas Dörflinger, Michael Roth (Heringen), Markus Löning, Dr. Diether Dehm und Rainer Steenblock

I. Beratungsverfahren

1. Zu Drucksache 16/9427

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/9427** in seiner 166. Sitzung am 5. Juni 2008 beraten und federführend an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und mitberatend an den Haushaltsausschuss überwiesen.

2. Zu Drucksache 16/8051

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/8051** in seiner 161. Sitzung am 9. Mai 2008 beraten und federführend an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und mitberatend an den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Inhalt der Vorlagen

Während die zwölf monatlichen jeweils viertägigen Plenartagungen des Europäischen Parlaments am offiziellen Sitz in Straßburg stattfinden, werden in Brüssel zusätzlich zweitägige Plenartagungen sowie die Ausschuss- und Fraktions-sitzungen abgehalten. Das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments befindet sich in Luxemburg. In ihren Anträgen verweisen die Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf, dass die Unterhaltung der Parlamentsgebäude in Straßburg, die den überwiegenden Teil des Jahres leer stünden, sowie der mit der Anreise der Parlamentarier und Parlamentarierinnen nach Straßburg verbundene Verwaltungsaufwand beträchtliche Kosten in Höhe von 250 Mio. Euro verursachen und durch einen jährlichen Ausstoß von insgesamt 20 000 Tonnen CO₂ durch die Pendlerinnen und Pendler zu erheblichen Umweltbelastungen führten.

1. Zu Drucksache 16/9427

Die Fraktion der FDP legt in ihrem Antrag dar, dass die Parlamentarier des Europäischen Parlaments selbst laut Umfragen mit großer Mehrheit einen einheitlichen Sitz in Brüssel bevorzugten; auch in der Bevölkerung der Europäischen Union bestehe wenig Verständnis für die Aufteilung der Arbeitssitze. Das Recht, über die Sitzfrage zu entscheiden, müsse auf eine breite demokratische Grundlage gestellt werden.

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung auffordern, sich auf der Ebene der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass das Europäische Parlament das Recht erhält, über seinen Sitz selbst zu entscheiden.

2. Zu Drucksache 16/8051

Die Antragsteller und Antragstellerinnen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, die Plenartagungen des Europäischen Parlaments gänzlich in Brüssel abzuhalten. Aufgrund der Bedeutung der Stadt Straßburg als ein Symbol der Aussöhnung in Europa und um den Interessen Frankreichs gerecht zu werden, solle zum Ausgleich der Sitz des Europäischen Rates nach Straßburg verlegt und dort auch dessen vierteljährliche Sitzungen abgehalten werden.

Der Deutsche Bundestag möge die Bundesregierung auffordern, sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass die Sitzungen des Europäischen Parlaments in Brüssel abgehalten werden und die Tagungen des Europäischen Rates künftig in Straßburg stattfinden.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

1. Zu Drucksache 16/9427

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 72. Sitzung am 18. Juni 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

2. Zu Drucksache 16/8051

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 69. Sitzung am 28. Mai 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und zwei Stimmen aus den Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 66. Sitzung am 27. Mai 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverfahren – federführender Ausschuss

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9427 und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/8051 in seiner 65. Sitzung am 18. Juni 2008 beraten.

Der Abgeordnete Thomas Dörflinger (CDU/CSU) führte aus, dass die Anträge zwar eine Reihe von richtigen Feststellungen bezüglich der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments und der damit verbundenen Kosten trafen. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/8051 ließe aber jegliche Konsultation des Europäischen Parlaments vermissen, dessen Mitglieder, obwohl die Entscheidung über den Sitz des Parlaments beim Europäischen Rat liege, in diese Entscheidung mindestens gutachterlich eingebunden werden sollten. Die berechtigte Frage nach dem Sitz des Europäischen Parlaments komme nach Ansicht seiner Fraktion zudem zur Unzeit. Es sei illusorisch und diplomatisch unklug, den Start der französischen Ratspräsidentschaft, die erstens durch die aktuelle, durch das Votum Irlands zum Vertrag von Lissabon bedingte schwierige Situation im Ratifizierungsprozess gekennzeichnet und zweitens durch die Projekte „Union für das Mittelmeer“ sowie „Stabilisierung auf dem westlichen Balkan“ ambitioniert genug sei, zusätzlich mit einer Frage anzureichern, deren Er-

gebnis für Frankreich, nämlich der Wegfall von Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments, innenpolitisch sehr problematisch sei. Beide Anträge seien daher abzulehnen.

Der Abgeordnete Michael Roth (**SPD**) äußerte seine grundsätzliche Zustimmung für das in den beiden Anträgen der Fraktionen FDP auf Drucksache 16/9427 und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/8051 zum Ausdruck kommende Anliegen. Der logistische Aufwand der gegenwärtigen Sitzregelung sei unverhältnismäßig und lasse sich sowohl aus finanziellen als auch ökologischen Gründen nicht rechtfertigen. Zugleich verwies er aber darauf, dass die Sitzfrage seit dem Vertrag von Maastricht in den Verträgen der Europäischen Union geregelt worden sei. Nachdem Bundestag und Bundesrat gerade erst den Vertrag von Lissabon ratifiziert hätten, dessen Inkrafttreten infolge des irischen Referendums nun wiederum ungewiss sei, halte er die beiden Anträge für wenig hilfreich. Zum einen werde die Bundesregierung beim besten Willen diese Forderung nicht umsetzen können. Zum anderen sei es wenig hilfreich, so zu tun, als fehle es am politischen Willen, diese Frage zu lösen. Auch den Abgeordneten der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei bekannt, dass eine Änderung der Sitzregelung nur im Einvernehmen aller 27 Mitgliedstaaten möglich sei. Hieran seien bislang alle Bemühungen für eine Verbesserung der Situation gescheitert. Er würde sich freuen, wenn dies eines Tages anders sei, sehe hierfür gegenwärtig aber keine große Wahrscheinlichkeit.

Nach Ansicht des Abgeordneten Michael Löning (**FDP**) sei es bemerkenswert, dass die Fraktionen CDU/CSU und SPD zu diesem Thema keinen eigenen Antrag eingebracht beziehungsweise eine eigene Position hätten. Über 1,2 Millionen Europäer hätten sich auf Initiative einer liberalen Kommissarin und vieler Europapolitiker in einer Petition an das Europäische Parlament gewandt. Darüber könne sich auch eine große Koalition nicht einfach hinwegsetzen. Der kostspielige und umweltschädliche Reisezirkus zwischen Straßburg und Brüssel müsse endlich gestoppt werden. Es sei völlig unverständlich und bedauernd, dass es gerade ein deutscher Präsident des Europäischen Parlaments gewesen sei, der eine öffentliche Debatte zu diesem Thema unterbunden habe. Die Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU seien aufgerufen, auf ihren Parteikollegen Hans-Gert Pöttering einzuwirken, um diese Entscheidung rückgängig zu machen. Es sei bezeichnend, dass sich gerade die beiden integrationsfreudigsten Fraktionen im Bundestag, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in Anträgen zu diesem Thema klar bekannt hätten. Dies zeige wieder einmal, dass die großen Fraktionen am Bürgerwillen vorbei operierten und an mehr parlamentarischen Rechten in Europa nicht wirklich interessiert seien. Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9427 unterscheide sich jedoch in einem Punkt von dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/8051. Während die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gleichsam Kompensationsgeschäfte vorschläge, sei seine Fraktion der Auffassung, das Europäische Parlament, in dem auch viele deutsche Kollegen vertreten seien, sei kompetent genug, um auch über diese Fragen eigenverantwortlich zu entscheiden.

Der Abgeordnete Dr. Diether Dehm (**DIE LINKE.**) wies darauf hin, dass Tagungsweise und -ort des Europäischen Parlaments in einem entsprechenden Protokoll vom 2. Oktober 1997 (BGBl. II S. 437) geregelt seien. Dieses Protokoll sei nahezu unverändert in den Vertrag von Lissabon übernommen worden. Die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten mit ihrer Zustimmung zum Vertrag von Lissabon die überkommene Regelung über die Arbeitssitze des Europäischen Parlaments ausdrücklich bestätigt. Es sei auch nicht bekannt, dass eine entsprechende Forderung überhaupt Gegenstand der Vertragsverhandlungen gewesen sei. Der Vorschlag der Fraktion der FDP, das Europaparlament selbst entscheiden zu lassen, stehe im Widerspruch zur bestehenden Rechtslage, die die Antragstellerinnen und Antragsteller nicht hätten ändern wollen. Auf dieser Grundlage stellten beide Anträge, mit denen der Eindruck von Rationalität und Sparsamkeit erweckt werden solle, nicht nur einen Widerspruch zu eigenem vorangegangenen Handeln dar, sondern einen Versuch der Volksverdummung. Dem müsse entgegengetreten werden.

Der Abgeordnete Rainer Steenblock (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**) betonte, durch den Umstand, dass das Europäische Parlament der Europäischen Union einen offiziellen Sitz, aber drei Arbeitsorte betreibe, entstünden unnötige Ausgaben von Steuergeldern, Umweltbelastungen und eine zusätzliche Bürokratisierung, die nicht zu rechtfertigen seien. Für die Beendigung der monatlichen Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments in Straßburg sollte Frankreich mit dem Sitz der Tagungen des Europäischen Rates eine Alternative angeboten werden. Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9427 gehe zwar in die gleiche richtige Richtung; jedoch sei der Antrag in seiner Konsequenz nicht weitreichend genug, so dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich hier enthalte.

Im Anschluss an die Aussprache hat der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9427 abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat zudem mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8051 abzulehnen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Thomas Dörflinger
Berichterstatter

Michael Roth (Heringen)
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

Dr. Diether Dehm
Berichterstatter

Rainer Steenblock
Berichterstatter

